

Wirtschaftsdienst

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 24.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 12. Fernspr. Gr. 1, 2447—51

| | | |
|--------|------------------------|------|
| Nr. 17 | Hamburg, den 26. April | 1918 |
|--------|------------------------|------|

Inhalt

| | | | |
|--|-----------|-------------------------------------|-----------|
| Englands Staatshaushalt 1917/18 | Seite 387 | Volkvermögen und Staatskredit | Seite 400 |
| Vereinigte Staaten | " 388 | Weltwirtschaftliche Übersichten | |
| Argentinien | " 390 | Geld und Kapital | " 401 |
| Die gemeinsamen Interessen der Niederlande und Niederländisch-Indien | " 392 | Schiffahrt und Schiffbau | " 402 |
| Britisch-ostafrikanische Kolonien (Fortsetzung u. Schluß) | " 395 | Rohstoffe und Warenmärkte | " 404 |
| Reichsbank und Kriegsfinanzen | " 397 | Getreide und Futtermittel | " 406 |
| Die Schiffsverkehrsverhältnisse in den östlichen Friedens- vereinbarungen | " 398 | | |

(Nachdruck mit Genehmigung der Zentralstelle gestattet)

Englands Staatshaushalt 1917/18

Der Abschluß des englischen Staatshaushaltes für das Jahr 1917/18 liegt jetzt vor. Die Summe der ordentlichen Einnahmen übersteigt den Haushalts-Voranschlag um 68 634 565 £, das Ergebnis des Jahres 1916/17 um 133 806 983 £. An der Steigerung gegen den Voranschlag nimmt die Kriegsgewinnsteuer mit 20,2 Mill. £, die Einkommensteuer mit 15,5 Mill. £ teil, an der Steigerung gegenüber dem letzten Jahr mit 80,2 Mill. £ bzw. 34,5 Mill. £. (Mindererträge gegen das letzte Jahr sind überhaupt nur bei den Posten: Verschiedene Anleihen usw. mit 2 Mill. £ und Verbrauchsabgaben mit 17,6 Mill. £ zu verzeichnen.) Es ist dabei zu beachten, daß im Jahre 1917/18 die Einkommensteuern nicht erhöht worden sind, so daß die Steigerung um 34,5 Mill. £ allein aus dem Anwachsen des versteuerten Einkommens folgt. Der Satz der Kriegsgewinnsteuer war um 20 % (von 60 auf 80 %) erhöht worden; daß sich der Ertrag von 140 auf 220 Mill. £ gehoben hat, ist natürlich nicht nur auf den höheren Steuerfuß, sondern auch auf die Vermehrung der Kriegsgewinne zurückzuführen. Sonst waren nur noch die Tabaksteuer um 1 sh 10 d auf ein Pfund und die Vergnügungssteuer um 50 % erhöht worden. Diese beiden Abgaben sollten nach dem Voranschlag ein Mehr von 7,5 Mill. £ erbringen.

Die Abnahme der Erträge der Verbrauchsabgaben, die trotz dieser Erhöhungen erwartet werden mußte, die aber 3,8 Mill. geringer war als der Voranschlag, wird auf die Einschränkungen des Verkaufs alkoholischer Getränke und auf die Verdünnung von Bier und Spirituosen zurückgeführt, die nach ihrem Alkoholgehalt versteuert werden. Die vom englischen Schatzamt erwarteten Rückgänge der Einnahmen aus Post, Telegraphie und Telephon sind nicht eingetreten, es zeigen sich vielmehr auch hier Überschüsse gegen das Jahr 1916/17. Auch die Erträge der Erbschaftsteuer, der Zölle und Stempel zeigen, daß das englische Schatzamt hier über Reserven verfügte, die in dem Voranschlag nicht sichtbar gemacht waren. Die folgende Zusammenstellung gibt ein Bild von der Zusammensetzung und Veränderung des angespanntesten aller europäischen Steuerbudgets:

| | Einnahmen | Zunahme oder Abnahme gegen den Voranschlag | Zunahme oder Abnahme gegen das letzte Jahr |
|-----------------------------|-------------|--|--|
| | £ | £ | £ |
| Zölle | 71 261 000 | 511 000 | 700 000 |
| Verbrauchsabgaben | 38 772 000 | 3 822 000 | 17 608 000 |
| Erbschaftsteuer | 31 674 000 | 2 674 000 | 442 000 |
| Stempel | 8 300 000 | 300 000 | 422 000 |
| Grundstück und Häuser | 2 625 000 | 25 000 | 45 000 |
| Einkommensteuer usw. | 239 509 000 | 15 509 000 | 34 476 000 |
| Kriegsgewinnsteuer | 220 214 000 | 20 214 000 | 80 294 000 |
| Grundstückwertsteuer | 685 000 | 285 000 | 164 000 |
| Post | 25 200 000 | 1 000 000 | 850 000 |
| Telegraphie | 3 500 000 | 250 000 | 150 000 |
| Telephon | 6 600 000 | 350 000 | 200 000 |
| Kronländereien | 690 000 | 90 000 | 40 000 |
| Versch. Anleihen usw. | 6 056 250 | 1 443 750 | 1 999 567 |
| Verschiedenes | 52 148 315 | 25 048 315 | 35 631 550 |

Wie nötig es war, jene erwähnten Reserven zu schaffen, zeigt das Anwachsen der Ausgaben, die ohnehin durch ordentliche Haushaltseinnahmen nur zu etwa einem Viertel gedeckt werden können. Nach dem Voranschlag sollten die Ausgaben 2 290,4 Mill. £ betragen. In Wirklichkeit sind sie im letzten Jahr auf 2 696,2 Mill. £ angewachsen; sie sind um 498,1 Mill. £ höher als im Vorjahr, während der Zuwachs der ordentlichen Einnahmen nur 134 Mill. £ beträgt. Die Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---------------------------------|-----------------|
| Dauernder Schuldbendienst | 19 827 613 £ |
| Kriegsschuldzinsen | 170 023 453 " |
| Ausgabekonten | 2 494 969 320 " |
| Andere Konten | 11 401 019 " |
| | 2 696 221 405 £ |

Da die Einnahmen sich auf 707 234 565 £ belaufen, beträgt der Fehlbetrag rund 2 Milliarden £.

Die Staatsschuld war am Ende des Finanzjahres 1916/17 auf rund 4 Milliarden £ angewachsen. Sie hat sich im letzten Jahre um 50 % auf rund 6 Milliarden £ erhöht. Nach der auch von englischen Finanzkritikern stark bestrittenen Auffassung des Schatzsekretärs sind von dieser Summe erhebliche

Posten „wiedereinbringlicher Ausgaben“, vor allem in Form von Vorschüssen an Verbündete und Kolonien abzuführen. Im April 1917 waren diese Anleihen mit 964 Mill. £ angegeben. Im Voranschlag für 1917 war die Summe von 400 Mill. £ eingesetzt, sie ist jedoch, wie der Schatzsekretär bei der Einbringung der letzten Kreditvorlage mittelste, um 229 000 £ überschritten worden. Die gesamten wiedereinbringlichen Ausgaben des Jahres gab Bonar Law mit 206,75 Mill. £ an; auch das wäre nur etwa die Hälfte der Steigerung der Ausgaben gegen den Voranschlag für das Jahr 1917/18.

Vergleicht man das Ergebnis des abgelaufenen Jahres mit dem des letzten Friedensjahres, so ergibt sich eine Steigerung der Gesamteinnahmen von 199 Mill. £ auf 707 Mill. £. An dieser Steigerung ist in erster Linie die Einkommensteuer beteiligt, deren Ertrag vor dem Kriege 45,95 Mill. £, im letzten Jahre aber 239,5 Mill. £ war. Der Ertrag hat sich also mehr als verfünffacht. Dazu kommt die Kriegsgewinnsteuer von 220,2 Mill. £, die ebenfalls als Einkommensteuer aufgefaßt werden muß. Man ist sich in England darüber klar, daß diese beiden Steuerquellen nach dem Kriege an Ergiebigkeit verlieren werden, denn nicht nur das Aufhören der Kriegsgewinne, sondern auch die erwartete Senkung der Preise müssen das Ergebnis der direkten Steuern empfindlich vermindern. Dagegen werden die indirekten Steuern, die jetzt unter den Verbrauchseinschränkungen zu leiden haben, künftig höhere Ergebnisse abwerfen müssen. Schon jetzt haben die Zölle fast doppelt so viel erbracht wie im letzten Friedensjahr (71,3 Mill. £ gegen 35,2 Mill. £). Die Verbrauchsabgaben sind im Ertragnis nur ganz unmerklich verringert, der Rückgang der Stempelsteuer von 9,8 auf 8,3 Mill. £ ist ebenfalls nicht empfindlich, ebensowenig wie der Minderertrag der Land- und Häusersteuer. Die Grundstückwertsteuer erbrachte 685 000 gegen 750 000 £

im letzten Friedensjahr. Post, Telegraphie und Telephon weisen zum Teil nicht unbeträchtliche Mehrerträge auf (Post 25,2 gegen 21,1 Mill. £, Telegraphie 3,5 gegen 3,15 Mill. £, Telephon 6,8 gegen 6,35 Mill. £). Die Ausgaben für den Dienst der Staatsschuld betragen vor dem Kriege 24,5 Mill. £, Ende 1917/18 waren sie auf 190 Mill. £ angewachsen.

Die eigentlichen Friedensausgaben (außer Schuldendienst usw.) beliefen sich im Jahre 1913/14 auf 158,4 Mill. £. Nach dem Kriege wird das Zivilbudget, auch abgesehen von Renten und Entschädigungen, infolge der höheren Preise, Gehälter und Löhne erheblich mehr als diese Summe erfordern. Ob die bisher erschlossenen Einnahmequellen ausreichen werden, den Friedensstaatshaushalt im Gleichgewicht zu halten, ist eine von den Finanzkritikern in England lebhaft umstrittene Frage. Die Ausgaben werden dann schwerlich weniger als 600 Mill. £ betragen. Die Einnahmen erbringen jetzt ohne die Kriegsgewinnsteuer noch nicht 500 Mill. £. Die liberale Partei verlangt denn auch nach neuen Steuern, die der mit der Stimmung der Unternehmer- und Kapitalistenkreise wohlvertraute Bonar Law aber nur zögernd gewähren wird; eine für einen Finanzminister anscheinend ungewöhnlich glückliche, in Wirklichkeit nicht minder gefährliche Lage.

Am 23. April ist das Budget für das Jahr 1918/19 eingebracht worden. Die Gesamtausgaben sind darin mit 2 972,2 Mill. £, die Gesamteinnahmen mit 842,05 Mill. £ veranschlagt. Durch Anleihen sind also mehr als 2 Milliarden £ zu decken, die zu ihrer Verzinsung über 100 Mill. £ erfordern, während durch neue Steuern und Steuererhöhungen (auch der Einkommen- und Ergänzungssteuer) um 67,86 Mill. £ gedeckt werden. Es scheint, daß die englische Steuerwirtschaft ihren Höhepunkt überschritten hat.

K. S.

Bereinigte Staaten

Wirtschaftslage

Unzweifelhaft hat im Laufe des Februar eine Besserung der allgemeinen Lage stattgefunden, hauptsächlich infolge teilweiser Behebung der Transportschwierigkeiten, Kohlen- und Arbeitermangel aber und unzureichende Zufuhr von Lebensmitteln nach dem Osten bestanden auch noch Anfang März. Dabei wird fortwährend von der Regierung darauf hingewiesen, wie notwendig im Interesse der Lebensmittelversorgung der Verbündeten weitere Verbrauchseinschränkungen sind. So erklärte Hoover Ende Februar vor dem Landwirtschaftsausschuß des Senats, daß der Durchschnittsverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1916 tatsächlich 10 % mehr als 1914 betragen hat, das zwar im verfloffenen Jahre (1917) der Verbrauch zurückgegangen sei, jedoch nicht in dem erforderlichen Umfange, denn die Verbündeten brauchten im laufenden Jahre (1918) 450 Mill. lbs Rindfleisch und 1800 Mill. lbs Schweineprodukte, wovon 350 Mill. lbs des ersteren und 800 Mill. lbs der letzteren nur durch Verbrauchseinschränkung gewonnen werden könnten, ebenso könnten nur auf dem Wege der Verbrauchseinschränkung 160 Mill. bush Weizen, die in der für sie vorgesehenen Ausfuhrmenge enthalten seien, den Verbündeten geliefert werden. Er gab ferner an, daß 5—7 % aller nach Europa verschifften Nahrungsmittel durch den Unterseebootkrieg vernichtet würden.

Den Arbeitermangel veranschaulicht das Ergebnis einer im Staat New York gehaltenen Umfrage des Arbeitsnachweisbüros. Danach forderten von 500 für die Kriegsindustrie mit 281 100 Angestellten tätigen Betrieben 176 insgesamt weitere 34 150 Arbeiter, darunter brauchten Flugzeugfabriken 13 500 und Munitionsfabriken 9670 Mann.

Die im Erwerbsleben der Union tätigen Gesamtarbeitskräfte werden vom Departement of Labor mit 40,1 Mill. Personen angegeben, hiervon gehen ab 1,7 Mill. für die Armee und 8,75 Mill. Frauen, es bleiben also 29,65 Mill. männliche Arbeitskräfte.

Der Zugang neuer Arbeitskräfte durch Einwanderung hat so gut wie aufgehört. Diese betrug im November nur 6446 Personen gegen 34 437 im gleichen Monat des Vorjahres.

Die enorm gesteigerten Löhne geben auch zu mancherlei Sorgen und Befürchtungen Anlaß, wie bereits im vorigen Bericht näher ausgeführt wurde. Dazu kommen die noch immer nicht ganz erledigten Forderungen der Bahnangestellten auf erhöhte Löhne, ungeachtet des Umstandes, daß schon jetzt den Bahnen durch das Adamson'sche 8 Stunden-Gesetz erhöhte Lohnkosten von jährlich 61,5 Mill. \$ erwachsen.

Arbeitseinstellungen sind in größerem Umfange im Februar wieder vorgekommen, zunächst im Anfang des Monats ein erneuter, mit Aufruhr und Plünderung verbundener in den Philadelphia Wollfabriken, und kurz nachher ein anderer von 15 000 Kohlenbergleuten in Alabama. Auch im Butte-Kupferdistrikt gärt es fortwährend. Die im vorigen Sommer dort gegründete Metal Mineworkers Association hängt, trotzdem sie es ableugnet, mit den berücktigten I. W. W. eng zusammen. Ihre dort ausgegebene Zeitung hat Anfang Februar direkt zur Einschränkung der Kupferproduktion und zu Sabotage aufgefordert. Alle zu den Minen führenden Wege werden zum Schutz der Arbeitswilligen von Militär bewacht, und man ist überzeugt, daß ohne diese Vorsichtsmaßregel Unruhen entstehen würden.

Das Regierungsversicherungsbüro gibt bekannt, daß es